

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 17

Köln, den 22. April 1932

33. Jahrg.

## Rückschau und Folgerungen.

Mit absoluter Mehrheit ist Hindenburg zum Reichspräsidenten wiedergewählt worden. Die relative Mehrheit hätte genügt. Es ist gut, daß eine absolute daraus geworden ist. Denn dies unterstreicht die Absage des deutschen Volkes an den Radikalismus, der noch vor einem Monat, am Vorabend des 13. März, in Riesenlettern plakatiert hatte, daß Hitler Reichspräsident würde. Er ist es nicht geworden. Trotz eines Wahlkampfes, der selbst amerikanische Methoden in den Schatten stellte! Trotz eines Wahlkampfes, der in einer geradezu unnationalen Art und Weise die Leidenschaften der Massen gegen eine Regierung aufstachelte, die im Schicksalskampf um Deutschlands Gleichberechtigung und Freiheit steht! Trotz eines Wahlkampfes, der mit einem Synismus sondergleichen Illusionen über Illusionen aufpeitschte! Hindenburg ist Reichspräsident geblieben.

Mehr als 19 Millionen deutscher Männer und Frauen erklärten mit dem Stimmzettel ihren Willen zum deutschen Volksstaat, zur Ordnung, zu ruhiger Entwicklung deutscher Politik und zugleich zur Freiheit und Gleichberechtigung unseres Reiches im Kranz der Völker. Wir dürfen mit Stolz und Genugtuung sagen, daß die Haltung der christlichen Arbeiterschaft mit von entscheidender Bedeutung für diese geschichtlichen Wahlwochen geworden ist. Das gilt vor allem für den Westen des Reiches. In der christlichen Arbeiterschaft lebt gesundes politisches Gefühl und Empfinden für echtes Führertum. Sie weiß, daß Freiheit und Aufstieg unseres Volkes nicht durch Phrasen, nicht durch Flugzeugfahrten oder Theatergesten, auch nicht durch Aufmärsche und hysterischen Beifall fanatisierter Mit- und Nachläufer herbeigeführt wird. Sie weiß das alles, weil sie selbst einen zähen Kampf um Anerkennung und Geltung kämpft und die Opfer kennt.

Wir wollen aber auch anerkennen, daß die Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft eine diszipliniert staatspolitische gewesen ist. Fern der Phrase sind sie für Hindenburg als den Garanten für den Aufstieg des deutschen Volkes eingetreten. In uns lebt bei aller weltanschaulichen Gegensätzlichkeit zur sozialistischen Arbeiterschaft nur der Wunsch, sie möge auf dem Wege der Hinwendung zum Nationalen weitergehen und die Hemmungen alter Doktrinen abtun.

Ein Blatt deutscher Geschichte ist umgeschlagen worden. Hindenburg ist seit dieser Wahl erst wirklich der Präsident des deutschen Volkes geworden. Vor sieben Jahren stellten ihn Gruppen des deutschen Volkes zur Wahl, von denen viele hofften, er würde die Hand bieten, den neuen Staat zu besiegeln. Hindenburg beschwor die Verfassung. Er hielt seinen Schwur und war ein gerechter Führer. Wir ehren in ihm den Mann, der dem Volksdeutschland der Nachkriegszeit, der neuen Staatsform, aus hohem Pflichtbewußtsein dient. Er hat die Idee des Volksstaates mit der Autorität seiner geschichtlichen Persönlichkeit stabilisiert. Von hier aus gibt es keinen Rückschritt zu Überlebtem. Es gibt nur ein Vorwärtsschreiten auf der Basis des Volksstaates. Die weit mehr als 19 Millionen, die sich um ihn gruppieren, bilden den disziplinierten deutschen Volksteil. Es kommt darauf an, sie in ihrem nationalen Aufbauwillen zu stärken und zu formen. Das wird Aufgabe der Regierung sein, hinter der die geschichtliche Gestalt Hindenburgs mit ihrer Autorität steht. Der Weg dieser Regierung ist trotz Not und Radikalismus klarer und eindeutiger als er vor der Wahl gewesen. Es wird der Weg einer aufrechten nationalen Haltung, eines hartnäckigen Freiheitswillens und sozialer Gerechtigkeit sein. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, möchten wir die soziale

Gerechtigkeit vor allem unterstreichen. Die gesamte Arbeiterschaft hat durch ihre reife nationale und staatspolitische Haltung ein unbestreitbares Recht erworben, eine wirklich soziale Politik zu fordern, ohne Konzessionen an eine staats- und volksblinde Reaktion.

Daß Hindenburg durch seine eindeutige Haltung und seine ebenso eindeutige Wiederwahl seitens des Volkes die Basis für den Ausbau des Staates, für den Aufstieg des deutschen Volkes befestigt, ist die geschichtliche Bedeutung der Reichspräsidentenwahl.

Um diese geschichtliche Bedeutung gruppieren sich die staats- und volkspolitischen Erfahrungen, die diese Wahl im Gefolge hatte. Auch für die christliche Arbeiterschaft hat die Wahl ihre klärende Bedeutung. Sie hat zu einer klaren Front gegen den Radikalismus und seinen Diktaturwillen geführt. Und wo irgendwie noch Zweifel gegenüber der Arbeiterfeindlichkeit des Nationalradikalismus wach waren, da haben die Enthüllungen über die Bürgerkriegsvorbereitungen, Dokumente des Vernichtungswillens gegenüber den Gewerkschaften, den Willen zur Volks- und Arbeiterentrechtung, stärker noch geoffenbart. Gegen diesen Willen zur Volks- und Arbeiterentrechtung ist die Volksfront der christlichen Arbeiterschaft aufgestanden. Es wird Aufgabe der kommenden Monate sein, diese Volksfront auszubauen und mit staatspolitischem Geist zu erfüllen, der dem nationalen und sozialen Willen der christlichen Arbeiterschaft entspricht. Die Gefahren des Radikalismus sind ja nicht vorüber. Im Gegenteil, die offenbare Tatsache, daß bei dem letzten Wahlgang der Nationalsozialismus auch kommunistische Stimmen aufgefangen hat, zeigt, wie vieldeutig sein Wesen ist. Sie zeigt aber auch, daß er das Sammelbecken aller zerstörenden Elemente ist, deren Zahl in einem bedrückten Volke immer sehr groß ist. Ihnen gilt die Wachsamkeit der politisch geschulten Arbeiterschaft.

Und dann ist eine große Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft aufgegeben: Sorge um die Jugend. Wer aber Tausende der deutschen Jugend bei den Kundgebungen des Nationalsozialismus gesehen hat, wie sie in nimmermüder Ergebenheit den Pseudoführern jubelte, der mußte diese irregeleitete Jugend in der Seele bedauern. An ihnen zerrt die deutsche Not. Und in dieser Not halten sie Schlagworte und Gesten für Echtheit, weil sie irgendwie nationale Kraft und Freiheitswillen hinter ihnen vermuten. Daß diese Jugend ins Schlepptau des Radikalismus geraten ist, daran sind nicht zuletzt die Volksgruppen schuld, die heute den Staat tragen. Sie waren zu nüchtern, zu vernünftig, zu illusionslos, vielleicht auch zu müde geworden im harten politischen Tageskampf. Vielleicht waren sie auch zu vorsichtig geworden in der nationalen Haltung dem Ausland gegenüber, oft auch zu kleinmütig in der Anerkennung deutschen Wertes, deutschen Volkstums überhaupt. Es gehört das mit zu der geschichtlichen Bedeutung der Reichspräsidentenwahl, daß sie das deutsche Volk aufgerüttelt hat, daß das deutsche Wertbewußtsein sich wieder reckt.

Die deutsche Nationalhymne in den Wahlveranstaltungen für Hindenburg erklang wieder freier, stolzer als in den früheren Jahren. Echtes deutsches Volkstum findet wieder Ausdruck, das Volk erlebt den Stolz des Deutscheins neu in aller Tiefe.

Auch das gehört zur geschichtlichen Bedeutung der Reichspräsidentenwahl, daß nationales Volksbewußtsein siegreich aufstand. Und zwar ein geläutertes nationales Volksbewußtsein, das nicht an Klassenprivilegien und Besitzvorrechten haftet, sondern ein nationales Volksbewußtsein, das in schmerzhaftem Kampf um deutsche Volksrechte, um deutsche Freiheit nach innen und außen auf-

stand, geweckt von einer ehrwürdigen Führergestalt, die den Kampf nationalen Volksbewußtseins in seiner ganzen Tragik erfaßt und selbst gekämpft hat.

Dieses geläuterte nationale Volksbewußtsein muß in die Jugend hineingetragen werden. Die Jugend, die den Krieg nicht miterlebte, muß erkennen lernen, daß die Generation der Männer und Frauen, denen der Krieg zum Schicksal geworden ist, wohl eine Generation ist, die reif, ernst und überlegend im politischen Leben steht. Daß aber trotz dieses politischen Ernstes eine nationale Spannkraft in ihr lebt, die von zündender Kraft für deutsche Schicksalsgestaltung, für Freiheit und Aufstiegswillen des jungen, gequälten Volksdeutschlands ist.

Die christliche Arbeiterschaft ist an erster Stelle berufen, der Jugend diese nationale Spannkraft zum Bewußtsein zu bringen. Ihr Kampfwille gegen Diktatur und drohende Arbeiterentrechtung ist ein Kampf für die Entfaltung und Dervollkommnung des deutschen Volksstaates. Will sie eine Entfaltung und Dervollkommnung, dann muß sie, erfüllt von dem nationalen Erlebnis der Hindenburgwahl, um die Seele der Arbeiterjugend ringen. Sie muß die Jugend dem Radikalismus abringen, damit die junge Kraft den nationalen und sozialen Volksstaat mit frischem, echtem nationalen Leben erfüllt.

Schon heute muß dieses Ringen beginnen. Die Reichspräsidentenwahl ist vorüber, und schon beginnen die Länderwahlen. Dem „Kampf um Preußen“, aber auch um Bayern, Württemberg und Hamburg kommt hohe Bedeutung zu. Die Linie der christlichen Arbeiterschaft in der Reichspräsidentenwahl ist auch die Linie für die Parlamentswahlen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist kein Parteigebilde. Sie ist die große christliche, nationale und soziale Aufstiegsbewegung des Arbeiterstandes. Dieser ihr christlicher, nationaler und sozialer Ideengehalt hat sich in den Kampfwochen, die hinter uns liegen, von innen heraus erneuert und belebt. Aus diesem Ideengehalt heraus wird sie mit den Parteien arbeiten, die im Parlament der Dervirklichung dieser Idee im deutschen Volke dienen. Die Linie dieser Idee ist eindeutig und klar.

Ein Blatt deutscher Geschichte ist mit der Hindenburgwahl umgeschlagen. Die geschichtliche Entscheidung selbst aber ist erst ein Anfang für langsamen, soliden, nationalen Aufstieg in Freiheit und Würde. Wir wünschen nur noch, daß keine deutsche Regierung, die auf diesem Anfang aufbaut, je vergißt, daß die deutsche Arbeiterschaft diesen Anfang mit ihrer ganzen politischen Disziplin ermöglicht hat. K.

## Eine Freikarte als Attribut der Sendung.

„Zur Sendung des Unternehmers“ heißt eine Abhandlung in „Die Holzindustrie“ vom 2. April, die unsere Neugier erweckte, weil wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatten, daß einmal doch der Anfang einer Erneuerung der geistigen Haltung des Unternehmertums eintreten könnte. Wir sind, o Syndikus, enttäuscht! Daß geistige Verkümmern den Weg zur geistigen Erneuerung zu weisen vermöchte, war wohl nie möglich, und unsere Achtung vor dem Unternehmertum, das sich von solchen Schnurren nicht entristet abwendet, sinkt um Klafertiefe. Aber nun zur „Sendung“.

Nach dem Willen des heutigen Staates besteht die vornehmste Aufgabe des Unternehmers im „Zahlen“. Im Zahlen unerhörter Summen einer Anzahl von Steuern und Abgaben.“ Man merkt die Absicht und man ist verstimmt. Doch, es kommt noch besser. „Mit Recht wurde für den Niedergang der deutschen Wirtschaft mitverantwortlich gemacht die von den Gewerkschaften herbeigeführte Kampfstellung der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, die Zerschlagung der Betriebsverbundenheit zwischen Chef und Belegschaft durch das Dazwischentreten der Gewerkschaften.“ Da sage noch einer, daß derjenige, der solche Entdeckungen macht, nicht eine feine Nase habe für Dinge, die in der Luft liegen. Sogar bis nach Sachsen, wo man bekanntlich immer helle ist, schreit die Anti-Gewerkschaftsstimmung vorgebracht zu sein. Etwas verspätet zwar, aber sicher noch früh genug, um Geschäfte damit machen zu können. Aus diesem Grunde wird dann gefragt, ob alle Unternehmer bereits die große Wandlung der Arbeiter bezüglich ihrer Einstellung zur Gewerkschaft erkannt und danach gehandelt hätten. „... erkennen sie nun ihre Pflicht und Sendung? Erkennen die Unternehmer, daß die Zeit herangereift ist, daß die Arbeiterschaft auf sie wartet, und daß unsere Wirtschaft und damit Staat und Volk verloren sind, wenn die Arbeiterschaft vergeblich warten muß?“

Da scheint doch der Gaul mit dem Karren durchgegangen zu sein! Daß die Arbeiter auf die Unternehmer warten, um sich deren Führung vorbehaltlos anzuvertrauen, ist eine Übertreibung, an die selbst die Unternehmer, die von ihrer „Sendung“ überzeugt sind, nicht glauben. Die Arbeiter warten höchstens auf die Wiedereröffnung der Betriebe, weil ihre Not täglich größer wird, und weil für sie ein Leben ohne Arbeit inhaltlos und unerträglich ist. Aber Arbeit schaffen können die Unternehmer ebensowenig wie der Staat oder die Gewerkschaften. Läge es allein im Machtbereich des Unternehmers, Arbeit zu schaffen, dann hätte das heutige Unternehmertum einen glänzenden Beweis seiner Unfähigkeit erbracht und seine Pflicht und Sendung so gröblich verletzt, daß ihm die Wirtschaftsführung nicht einmal mehr teilweise übertragen werden dürfte. So schlecht aber denken selbst die Gewerkschaften nicht vom Unternehmertum, denn sie beweisen durch ihr Verhalten, daß sie bereit sind, mildernde Umstände gelten zu lassen. Aus diesem Grunde wollen wir auch die Rezepte „Zur Sendung des Unternehmers“ nur hierher setzen, damit in der heutigen ersten Zeit das Lachen nicht aussterbe. Man höre:

„Wie der Unternehmer seinen Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft gerecht werden kann? Es sollte nicht schwer sein, erst einige wenige im Betrieb zu gewinnen, die das Herz noch auf dem rechten Fleck tragen und das Vertrauen zum Unternehmer sich bewahrt haben. Sie werben weiter und werden immer mehr Freunde finden, die von ihrer bisherigen Verblendung lassen und dafür dem gegebenen Führer, dem verantwortlichen Unternehmer vertrauen und folgen wollen. Weit wichtiger aber ist, dieses Vertrauen zu kräftigen und zu erhalten, da oft genug — dies sei ruhig zugegeben — die Arbeitnehmerschaft enttäuscht worden ist. Auf den Rundgängen durch den Betrieb wird sicher nicht nur oft Gelegenheit gegeben sein zu rügen und anzutreiben, sondern auch diesem und jenem Arbeiter ein verdientes Lob auszusprechen. Dürfte es so schwer halten, Leiden und Freuden zu teilen, hier Hilfe, dort Fürsorge zu leisten oder — der Arbeiter leidet nicht zuletzt auch seelische Not — ideale Freuden zu bereiten? Wie gern würde auch der Arbeiter sich einen wertvollen Film, etwa den Yorkfilm, ansehen oder einen lehrreichen Vortrag anhören, wenn ihm eine Eintrittskarte zur Verfügung gestellt würde! Andererseits wäre mancher Verein, manche wissenschaftliche Gesellschaft für regeren Besuch dankbar und ihre Darbietungen verdienten einen größeren Empfängerkreis. (Sperr. d. d. Red.) Will man nicht über den Betrieb hinausgehen, dann wird die Belegschaft gewiß auch betriebliche Vortragsabende begrüßen, auf denen — wie mancher Arbeiter kann sich keine Zeitung mehr halten — die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse der Woche vorgetragen und diskutiert und auch manche persönliche Dinge besprochen werden können. Schließlich sei auf die zahlreichen Vereine und Bünde — nicht Parteien — hingewiesen, die sich die Förderung ethischer und moralischer Werte zur Aufgabe gemacht haben, um Beruf und Leben wieder mit Treue, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Verantwortung, Befriedigung und Schönheit zu erfüllen.“

Treue, Pflichtbewußtsein, Disziplin und Verantwortung kann der Arbeiterschaft nicht bestritten werden. Darüber auch nur ein Wort zu verlieren, würde Schmälerung bedeuten. Unbelehrbare zu bekehren erscheint auch wenig nützlich und zu zeitraubend. Aber von Befriedigung und Schönheit erfüllt ist die Arbeiterschaft darum nicht, weil ihr der gebührende Lohn für ihre Treue usw. (siehe oben) vorenthalten wird, Lohn, den sie doch zur Fristung des Lebens dringend bedarf. Ersatz dafür kann niemals spärlich gespendetes Lob oder Fürsorge sein, auch nicht eine Freikarte zum Besuche des Yorkfilms oder eines Vortrages und ebensowenig der betriebliche Vortrags- oder Bierabend. Befriedigung und Schönheit empfinden wird die Arbeiterschaft über ihre Tätigkeit aber dann, wenn sie durch ausreichende Entlohnung in die Lage versetzt wird, statt der sie täglich und stündlich bedrückenden Sorge um das nackte Leben geistigen Interessen Pflege angebeihen zu lassen und dadurch aufzusteigen vermag zu freierem, höherem Menschentum. Die Anwendung des oben vorgeschlagenen Rezeptes aber dürfte das genaue Gegenteil herbeiführen. Darum aber geht's! Man will eine unselbständige Arbeiterschaft, die jedes Diktat ohne Widerspruch hinnimmt und dazu erzogen werden soll durch die vom Unternehmer gebotene Belehrung. Es wird keinem Unternehmer einfallen, Freikarten für die Bildungs- und Lehrgänge der Gewerkschaften zu verteilen. Das sagt genug. Gottlob hat aber die Arbeiterschaft die Möglichkeit der Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungskursen, ohne daß sie das Wohlwollen

der Unternehmer in Anspruch nehmen müßte. Daß sie die gebotenen Möglichkeiten noch reger benützt, soll der Erfolg des Schriebs über die Sendung des Unternehmers sein, denn das wird sie am schnellsten von einem zweckbestimmten Unternehmer-Wohlsollen befreien und ihr dafür mehr Recht verschaffen.

## Meinungsaustausch.

Zu den Artikeln: „Schwarzseher“, „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise“ und „Die Krisenprobe als Lehrmeisterin“, die in den Nummern 10, 11 und 15 unseres Organs erschienen sind, ist eine Fülle von Zuschriften eingegangen, die aus raumtechnischen Gründen nicht zum Abdruck gelangen können. Teils temperamentvoll, teils klug wägend wird zu den in den genannten Abhandlungen entwickelten Gedanken Stellung genommen. Übereinstimmend sagen aber alle Zuschriften, daß das Notwendige geschehen müsse, damit der Bestand und Aufbau des Verbandes keinen Schaden leide. Insbesondere wenden sich viele der Schreiber gegen eine vermutete, tatsächlich aber nicht beabsichtigte Einschränkung der Geschäftsstellen. Typisch bringt das der Brief eines führenden Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis, der im Industriegebiet wohnt, zum Ausdruck, der schreibt:

„Es zeugt von Weltfremdheit, wenn man meint, auch ohne Büros und angestellte Sekretäre könnte in der bisherigen Weise weiter gearbeitet werden. Man greife doch nicht immer auf die Zeit zu Beginn unserer Bewegung zurück. Ohne den Opfer Sinn unserer damaligen Kollegen schmälern zu wollen, muß doch gesagt werden, daß die heutige Zeit ganz andere Anforderungen an die Kollegen stellt. Die weit verzweigte soziale Gesetzgebung erfordert ein solches Maß von Kenntnissen, die sich nur der hauptamtlich tätige Angestellte, der tagtäglich mit diesen Dingen zu tun hat, aneignen kann. Eine Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern in der heutigen schwierigen Zeit nicht in jeder Weise schützend zur Seite stehen kann, kommt bald ins Hintertreffen. Darum lieber den letzten Pfennig mobil gemacht, als den Aufbau der Organisation zerschlagen.“

Wir pflichten dem durchaus bei und schließen die Aussprache mit der Bitte, daß diejenigen Kollegen, die hier nur summarisch zu Wort gekommen sind, Nachsicht üben und Verständnis dafür haben wollen, daß wir die Veröffentlichung ihrer Gedanken aus räumlichen Gründen unterlassen. Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Verbandsverwaltung sind frühzeitig und bis zur Grenze des Möglichen durchgeführt. Weitere Schritte in dieser Richtung würden die Gefahren heraufbeschwören, die nach den vorliegenden Zuschriften unbedingt vermieden werden müssen. Soweit die veröffentlichten Meinungen und die in den Zuschriften geäußerten Gedanken zu statutarischen Änderungen geführt haben, wird auf das diesbezügliche Rundschreiben der Zentrale an die Zahlstellen verwiesen.

## Rundschau.

**Theodor Rienecker** †. Nach langer, schwerer Krankheit ist der Vorsitzende des Zentral-Verbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands **Theodor Rienecker** am 11. April gestorben. Unter Mitwirkung gleichgesinnter Kollegen schuf er im Jahre 1900 den heutigen Zentralverband christl. Lederarbeiter Deutschlands. Mit Energie und Geschick hat er die Kämpfe, die um den Bestand und um die Entwicklung des Verbandes nach den verschiedensten Seiten geführt werden mußten, geleitet. Gestützt von dem Vertrauen der Mitglieder, wurde er im Jahre 1909 zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Seine Führerqualitäten verhalfen dem Verband zu einer guten Mitgliederentwicklung und zu günstigen Erfolgen auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet.

Ein hartes Schicksal warf ihn mehrmals auf ein langes Krankenlager, das er jeweils mit geduldiger Ergebung getragen hat. Der Herr gebe ihm die ewige Ruhe.

Das deutsche Arbeitsschutzmuseum erstattet seinen Tätigkeitsbericht für 1931. Im einzelnen wird über die stattgefundenen Lehrgänge und ihre Dauer berichtet sowie über die an diesen Lehrgängen beteiligten Vereinigungen und Organisationen. Als Sonderveranstaltung des Arbeitsschutzmuseums ist die Ausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“ zu erwähnen, über die wir im Verbandsorgan mehrfach berichtet haben. Auch die veranstaltete Schau von Staubmehrgewichten erfreut größte Beachtung im In- und Auslande. Das Institut ver-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 17. bis 23. April 1932 ist der 17. Wochenbeitrag fällig.

fügt über 35 Reihen Diapositive, die eine vorzügliche bildliche Unterstützung einschlägiger Vorträge bilden. Auch die vorhandenen Arbeitsschutzfilme, teils im eignen Besitz des Arbeitsschutzmuseums, teils zu den Zwecken des Instituts herangezogen, erfüllen in der Aufklärungsarbeit vorzüglich ihren Zweck. Diesbezügliche Auskünfte werden bereitwillig erteilt. 1200 Bände zählt die Bücherei, die auch im Berichtsjahr die wichtigsten Neuerscheinungen erwerben konnte.

Die Ausstellung des Museums bietet einen praktischen Anschauungsunterricht und soll weiter ausgebaut werden. Angestrebt wird, in jeder Gruppe die grundsätzlichen Arbeitsschutzforderungen zu verdeutlichen und zu begründen unter besonderer Hervorhebung der Beziehungen zwischen Mensch und Arbeit und unter Erläuterung durch dem neuesten Stand der Praxis entsprechende Beispiele und Maschinen.

Die Arbeiten des Arbeitsschutzmuseums sind wegen des erstrebten Zieles wert, größte Beachtung seitens der Arbeiterschaft zu erfahren.

**Stützung der Konsumgenossenschaften durch das Reich?** Unter dieser Überschrift verbreitet die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in der Presse eine Mitteilung, daß sie in einer Eingabe an den Reichskanzler und die zuständigen Ministerien sich gegen eine derartige Maßnahme gewandt habe, die ein Eingreifen der Reichsregierung in den harten Wettbewerb zwischen Privathandel und Konsumgenossenschaften zugunsten der letzteren darstellen würde. Ein solches Eingreifen sei um so weniger berechtigt, als die Konsumgenossenschaften durch die Steuergesetzgebung bevorzugt seien.

Es ist interessant, daß die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels immer erst dann Protest erhebt, wenn es sich um die Genossenschaften der unbemittelten Schichten handelt. Wir haben keinen Protest gehört, als das Reich mehr als 100 Millionen Reichsmark für die landwirtschaftlichen Genossenschaften opferte, und noch weniger, als in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ein Sanierungsfonds von 20 Millionen Reichsmark für die gewerblichen Genossenschaften zur Verfügung gestellt wurde. Die Genossenschaften der Arbeitnehmer verlangen, daß sie nicht schlechter behandelt werden als die Genossenschaften der anderen Stände — nicht mehr und nicht weniger.

Bezüglich der steuerlichen Bevorzugung sei festgestellt, daß eine solche nicht besteht, denn die Konsumgenossenschaften unterliegen denselben Steuergesetzen wie die Genossenschaften der Landwirtschaft, des Gewerbes und besonders auch die Edeka-Genossenschaften des Einzelhandels. Gegenüber dem Privathandel ist schon des öfteren der Beweis erbracht worden, daß in der Tat die Konsumgenossenschaften mehr Steuern zahlen als der private Einzelhandel. Dergleichen dürfte der Herr Reichsfinanzminister bestätigen, daß die Konsumgenossenschaften mit die pünktlichsten Steuerzahler sind. Eine Offenlegung der Steuerlisten, die von den Konsumgenossenschaften stets verlangt wird, würde die Richtigkeit vorgenannter Darlegungen beweisen. Aber gerade die Wirtschaftspartei ist es gewesen, die im Reichstage die Offenlegung der Steuerlisten abgelehnt hat. Zudem sei festgestellt, daß der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. Köln sich gegenüber der Reichsregierung und dem Reichsfinanzministerium bereit erklärt hat, auf die jegliche scheinbare steuerliche Bevorzugung gegenüber dem Privathandel Verzicht zu leisten, wenn den Konsumgenossenschaften dasselbe Recht wie dem Einzelhandel eingeräumt wird, nämlich der Verkauf an jedermann.

**Wichtige Aufforderung!** Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß viele unserer Mitglieder die Sachschadenversicherungen in der Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung für ihren Hausrat, ihre Gebäude oder ihr sonstiges Inventar sowie die erforderlichen Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen noch nicht bei unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft (Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174—177) abgeschlossen haben, sondern bei andern Gesellschaften, die mit unserer Gesamtbewegung nicht das mindeste zu tun haben.

In diesem Jahre und in den folgenden Jahren laufen sehr viele dieser bei andern Gesellschaften abgeschlossenen Versicherungen ab. Es

ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, rechtzeitig vor Ablauf dieser Versicherungen nach Kündigung des betreffenden Versicherungsvertrages wegen seines Neuabschlusses in den genannten Versicherungszweigen mit unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft, am besten durch unsere zuständigen Verbandsbeamten, in Verbindung zu treten. Wer dieses jetzt schon tut, stärkt damit nicht nur unsere eigene aufblühende Versicherungseinrichtung, er dient damit auch dem Interesse unserer Bewegung, nicht zuletzt aber auch sich selbst, weil unser Unternehmen einen sehr weitgehenden Versicherungsschutz zu billigen Prämien und kulantem Bedingungen zu bieten in der Lage ist.

Wir fordern deshalb alle unsere Mitglieder, deren Versicherungsverträge noch bei einer andern Gesellschaft laufen, auf, sich über die Ablaufstermine ihrer Versicherungen genau zu orientieren und unverzüglich durch die Vermittlung unserer zuständigen Verbandsbeamten mit einer der zahlreichen Geschäftsstellen unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft oder direkt mit ihr in Verbindung zu treten. Jede Auskunft wird bereitwilligst und kostenlos gewährt. Es empfiehlt sich, dabei den Versicherungsschein mit vorzulegen.

**Lebensmittelrationen in Rußland.** Die Tagespresse brachte kürzlich eine Notiz, die die zur Verteilung gelangenden Lebensmittelmengen in Leningrad näher bezeichnete. Nach der „Krasnaja Gazeta“ werden dort für März folgende Lebensmittel verausgabt:

Empfangsberechtigte der ersten Kategorie (Arbeiter) erhalten 25 Gramm Tee je Person, 1500 Gramm Zucker, 2000 Gramm Graupen oder Grütze, 1000 Gramm Makkaroni, 400 Gramm Margarine, 750 Gramm Pflanzenöl und 700 Gramm Fleisch. Arbeiter erhalten entweder Brot oder Mehl 500 Gramm je Tag. Die zweite Kategorie (Angestellte) erhalten: keinen Tee, 1300 Gramm Zucker, 1500 Gramm Graupen oder Grütze, keine Makkaroni, keine Margarine, 300 Gramm Pflanzenöl, 300 Gramm Fleisch. Brot oder Mehl wird den Angestellten täglich 250 Gramm verabfolgt. Kinder erhalten 350 Gramm Fleisch, je 250 Gramm Margarine und Pflanzenöl, 500 Gramm Grießmehl, 500 Gramm Graupen oder Grütze, 500 Gramm Makkaroni.

Diese Mengen müssen für einen Sowjetbürger, falls sie überhaupt verteilt werden, einen Monat ausreichen. Rußland aber will das Ausland mit billigen Lebensmitteln und anderen Produkten überschwemmen, die es der eigenen Bevölkerung vorenthält.

**Das konjunkturpolitische Ziel.** Ganz ohne Frage gehört wie der technische Fortschritt auch die Entwicklung des Welthandels zu den großen zivilisatorischen Errungenschaften der abendländischen Menschheit. Der steten Entwicklung dieser internationalen Handelsbeziehungen scheint aber die gegenwärtige Krise ein Ende gesetzt zu haben. Der internationale Wirtschaftsverkehr steht im Zeichen der Schrumpfung. Während in früheren Jahren der Welthandel seiner Menge nach von einer Krise kaum berührt wurde, gehen diesmal die Umsatzen sehr rasch zurück. Die Welterzeugung ist im letzten Halbjahr 1931 um 3,2 v. H. gesunken, gleichzeitig verminderte sich der Welthandel mengenmäßig aber im ganzen um 10 v. H.

Diese Tatsache hat eine Reihe bekannter Wirtschaftsführer veranlaßt, in grundlegenden Aufsätzen in den Osternummern der großen Presse das bedeutungsvolle konjunkturpolitische Problem zu prüfen, ob eine wirtschaftliche Besserung mehr vom Binnenabsatz oder mehr von der Ausfuhr zu erwarten ist. In fast allen Ländern hat sich ein handelspolitischer Protektionismus entwickelt, der ohne Beispiel ist. Durch Zollerhöhungen, Einfuhrkontingentierungen, Devisenbestimmungen und einfuhrmonopolähnliche Regelungen kasseln sich die Volkswirtschaften mehr und mehr gegeneinander ab. Prof. Dr. Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, vergleicht die Handels- und Währungspolitik der ganzen Welt mit einer lärmersfüllten Tischgesellschaft, deren einzelnes Mitglied, um sich dem Nachbar verständlich zu machen, immer lauter zu brüllen gezwungen ist. Nichts bleibe dem einzelnen schließlich weiter übrig, als still seines Weges zu gehen. Und so ergibt sich nach Wagemann als konjunkturpolitisches Ziel allmählich ganz von selbst die Pflege des Binnenmarktes, — „wenn es sein muß, sogar auf Kosten der Exportinteressen“. Man kann die autarkischen Bestrebungen als konjunkturpolitische Abschottung der einzelnen Volkswirtschaften auffassen, die dem Untergang im Strudel der Weltwirtschaftskrise so zu entgehen suchen. Wagemann erwähnt die Hoffnung, daß erfahrungsgemäß die in dieser Richtung drängenden Kräfte allmählich

Gegentendenzen auslösen, die das alte Gleichgewicht wiederherstellen können.

Zur Zeit liegen die Dinge jedoch so, daß sich Deutschland mit der fortschreitenden bedauerlichen Aussperrung seiner Ausfuhr abfinden und die Konsequenz daraus ziehen muß. Nach Dr. Solmsen, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, geht die Folgerung dahin, daß Deutschland mehr als bisher danach streben muß, jede entbehrliche Einfuhr zu vermeiden. Sonst gerate man in eine gefährliche Abhängigkeit vom Auslande, wobei es durchaus fraglich bleibt, ob in Zukunft auch die notwendige Einfuhr überhaupt noch finanziert werden kann. Nach Solmsen ist eine Einschränkung der Einfuhr bei dem Fehlen einer eigenen ausreichenden Rohstoffbasis in erster Linie bei den Nahrungsmitteln möglich. Der deutschen Landwirtschaft fällt im Kampf um die Überwindung der Krise und die Wiedergewinnung neuer Lebensgrundlagen unseres Volkes damit eine ehrenvolle Aufgabe von höchster Bedeutung zu.

## Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

### Berufsschulpflicht und Lehrlingsvergütung.

Die in der Überschrift angeschnittene Frage wird vom Reichsarbeitsgericht in einem Urteil folgendermaßen beantwortet:

„Die Lehrlingsvergütung, auch wenn sie Kostgeld genannt wird, ist ihrem Wesen nach Arbeitslohn. Sie ist — wenn eine anderweitige Regelung im Gesetz oder TD. nicht ausdrücklich getroffen ist — wie der Arbeitslohn für Zeitabschnitte, in denen aus Gründen, die in der Person des Lehrlings liegen, nicht gearbeitet worden ist, nicht zu zahlen. Bemißt sich die Lehrlingsvergütung nach Teilen des Gehilfenlohnes, so ist der Maßstab die volle regelmäßige Arbeitszeit eines Gehilfen, und Arbeitsversäumnisse — auch infolge Schulbesuchs eingetretene — sind dem Lehrling nur in demselben Umfang gutzubringen, wie sie dem Gehilfen gutgebracht werden müssen. Daran kann — wie das Reichsarbeitsgericht in einer neuen Entscheidung Stellung nimmt — auch der Umstand nichts ändern, daß der Gehilfenzeitlohn mitunter kein Stunden-, sondern ein Wochenlohn ist. Auch wenn dieser Wochenlohn im Gegensatz zum Stundenlohn eine Pauschalabgeltung für die Arbeitsleistung während der ganzen Woche ist, so ist er doch nur für die volle wöchentliche Arbeitsleistung zu zahlen und bei Versäumnis, die nicht als abzugsfrei anerkannt ist, zu mindern. Entsprechender Minderung unterliegt auch das Kostgeld der Lehrlinge bei Arbeitsversäumnis infolge Schulbesuchs. Der Einwendung, daß bei der Annahme eines Lehrlings von vornherein feststehe, daß er die Fach- bzw. Fortbildungsschule besuche, daß also die tarifliche Lehrlingsvergütung sich nur auf die bei Berücksichtigung der Schulpflicht gesetzlich mögliche Wochenarbeitsleistung beziehe, kann nicht gefolgt werden. Denn Tarifvertragsparteien können weder überhaupt bei jedem Lehrling das Bestehen einer Schulpflicht schlechthin voraussetzen, noch bei jedem Lehrling eine gleiche Zahl von Pflichtstunden. Grundsätzlich (Art. 145 RVerf.) reicht die Fortbildungsschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Schon bei einem Lehrling im normalen Lebensalter, jedenfalls aber, wenn der Antritt der Lehre sich verzögert hat, kann es sein, daß ein Teil der Lehrlinge nicht mehr schulpflichtig ist. Und wo Schulpflicht besteht, kann die Zahl der Pflichtstunden örtlich und zeitlich verschieden sein. Es kann nicht angenommen werden, daß der TD. allen Lehrlingen ohne Rücksicht darauf, ob und wieviel sie Arbeitszeit infolge von Schulbesuch versäumen, die gleiche Entlohnung hat zukommen lassen wollen. (RAG. 201/31 — 22. 1. 1932.)

## „Der Deutsche“ ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers!

### Infarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post am Breffe von Nr. 1. — pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.